

ARGUMENTATIONSHILFE

Tarifbindung

DIE LINKE.

THEMA

TARIFBINDUNG

RECHTE DER BESCHÄFTIGTEN SCHÜTZEN

Nur noch 43 Prozent der Beschäftigten arbeiteten 2020 in Betrieben mit einem Branchentarifvertrag. In Westdeutschland waren es 45 Prozent, in Ostdeutschland nur noch 32. Damit setzt sich der negative Trend der Tarifbindung fort, denn vor zehn Jahren waren es noch 52 Prozent in Gesamtdeutschland. Seit 1996 hat die Flächentarifbindung deutlich abgenommen. Die Bundesregierung hat nichts gegen die Tariffucht der Unternehmen getan.

Die Arbeitgeberseite kann ein Veto dagegen einlegen, dass Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden. Das wollen wir abschaffen. Tarifverträge können als allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn es im öffentlichen Interesse liegt. Wir finden: **Unterbietungswettbewerb zulasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verhindern, nützt nicht nur den Geringverdienenden, sondern liegt im öffentlichen Interesse.** Ein Tarifvertrag muss auf Antrag einer Tarifvertragspartei für allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn er z.B. ein Drittel der Beschäftigten der jeweiligen Branche betrifft. Wir wollen Tarifbindung stärken, indem Gewerkschaften Verbandsklagerecht zur Einhaltung von Tarifverträgen erhalten, die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung von Tarifverträgen geknüpft wird und das Tarifeinheitsgesetz zurückgenommen wird

Was sagen die anderen?

Auch die **SPD** will eine stärkere Tarifbindung und die Möglichkeiten der Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) von Tarifverträgen erleichtern. Im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen sollen geltende Tarifverträge fortbestehen. Ähnlich sieht es bei den **Grünen** aus, die die Allgemeinverbindlichkeit erleichtern und öffentliche Aufträge mittels eines Bundestariftreugesetzes an die Tarifbindung knüpfen wollen. **CDU** und **AfD** legen Bekenntnisse zur Allgemeinverbindlichkeit ab, ohne anzugeben, wie eine Stärkung erreicht werden kann. Die **FDP** sagt gleich gar nichts zum Thema.

LINKE Gegenargumente

Die Forderungen von SPD und Grünen decken sich an vielen Stellen mit denen der LINKEN. Doch nur wir legen uns im Zweifelsfall auch mit den Arbeitgeber*innen an: Deren Veto-Recht gegen die AVE von Tarifverträgen muss weg. Es darf den Arbeitgeber:innen nicht länger möglich sein, aus den Verbänden auszusteigen um Tarifverträge zu umgehen. CDU und AfD legen nur inhaltsleere Lippenbekenntnisse zur Tarifbindung ab, ohne konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Die FDP steht wie immer an der Seite des Kapitals.